



Antrag

für den Bundesparteitag der CDU Deutschlands

5.-7. Dezember 2016 in Essen

Starke Impulse Deutschlands für eine Europäische Verteidigungsunion

Die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ostukraine durch Russland haben die euro-atlantische Sicherheitsordnung erschüttert. Gleichzeitig haben massive Flüchtlingswellen durch ungelöste Konflikte im Irak, Syrien sowie in Libyen das Ausmaß von Terrorismus und staatlicher Fragilität im unmittelbaren Umfeld der Europäischen Union deutlich gemacht. Zudem stellt der Volksentscheid für einen EU-Austritt Großbritanniens eine Zäsur für die Europäische Union dar. In dieser kritischen Phase ist es die Pflicht Deutschlands, seine Führungsverantwortung wahrzunehmen und starke Impulse für eine Europäische Verteidigungsunion zu präsentieren. Es ist jetzt die Zeit, den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Die EU muss nun die Werkzeuge nutzen, die bereits im EU-Vertrag von Lissabon angelegt sind. Nur so wird die EU einen wirksamen Beitrag zur Stabilität der europäischen Nachbarschaft in Ost und Süd und auch durch eine faire Lastenteilung zum Zusammenhalt der NATO leisten können.

Ein vernetzter Ansatz aus zivilen und militärischen Elementen wird der Herausforderung gerecht, frühzeitiger und wirksamer in unsicherer Nachbarschaft handeln zu können. Zudem muss die Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit eng mit der NATO abgestimmt werden, um die europäische Säule innerhalb des Bündnisses stärken.

Die CDU schlägt daher folgende Schritte auf dem Weg zu einer Europäischen Verteidigungsunion vor:

Das Fähigkeitsrepertoire der nationalen Armeen in der EU muss enger koordiniert und, wo möglich, zusammengelegt werden. Deutschland hat im Rahmen des Weimarer Dreiecks wegweisende Vorschläge erarbeitet und bereits praktische Schritte durch das deutsch-niederländische Panzerbataillon sowie die deutsch-polnische Zusammenarbeit getan. Es gilt nun weitere Impulse zu setzen und eine engere Zusammenarbeit durch Initiativen zu verstetigen.

Bestehende Fähigkeitslücken und gemeinsame Projekte können mithilfe der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) identifiziert werden. Dazu müssen die EU-Mitgliedstaaten mit der EDA umfassend zusammenarbeiten und wenn nötig diese finanziell stärken. Die Ständige

Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) sollte zudem durch Deutschland genutzt werden, um die Integration von Fähigkeiten voranzutreiben und die Schlagkraft der europäischen Verteidigung zu erhöhen. Dies führt ebenso dazu, dass die europäischen Staaten ihre Aufgaben in der NATO besser wahrnehmen können, indem die nahtlose Zusammenarbeit unterschiedlicher technischer Systeme verbessert und so die territoriale Verteidigungsfunktion der NATO gestärkt wird. Dadurch erreichte höhere Effektivität und schnellere Einsetzbarkeit für bestimmte Konfliktszenarien senkt zudem auch die Kosten, da nicht jeder der 28 Mitgliedstaaten das gesamte Fähigkeitsspektrum bereitstellen muss, sondern sich spezialisieren kann.

Die EU-Verteidigungsminister müssen sich zur Bündelung nationaler Fähigkeiten enger abstimmen und gemeinsame Ziele sowie Aufgaben und Prioritäten festlegen. Ein ständiger EU-Verteidigungsministerrat unter Moderation der Hohen Beauftragten der EU für Außen- und Sicherheitspolitik kann diese Funktion wahrnehmen. Das führt zu mehr Kohärenz des auswärtigen Handelns der EU durch abgestimmte zivil-militärischen Beiträge der Mitgliedstaaten. In einem abschließenden Schritt können sich die Mitgliedstaaten auf ein gemeinsames ständiges zivil-militärisches Hauptquartier zur strategischen Planung von EU-Einsätzen einigen. Ein solches Hauptquartier kann neu oder auf Grundlage eines bestehenden operativen Hauptquartiers gebildet werden. Dies würde zu einer schnelleren Einsatzplanung führen und Fähigkeiten effektiver für komplexe Bedrohungs- und Gefahrenlagen einsetzbar machen, ohne zeitintensiv auf ad-hoc-Strukturen der Nationalstaaten oder die NATO zurückgreifen zu müssen.

Ein EU-Weißbuch Verteidigung sollte die verteidigungstechnologischen Kapazitäten in Europa evaluieren und konkrete Maßnahmen erarbeiten, die zur Erfüllung der gemeinsam definierten Interessen in der Neuen Globalen Strategie der EU notwendig sind. Ein gemeinsamer europäischer Rüstungsmarkt ist dazu ebenso unerlässlich, um die industrielle Basis in Europa für eine Harmonisierung unter den EU-Mitgliedstaaten zu nutzen sowie wichtiges Know-How und damit auch Arbeitsplätze in Europa sichern zu können.

Antragsteller

CDU-Landesvorstand Hamburg